

Jetzt wird es intensiv - sind Sie dabei?



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Liebe Liberale,
Liebe an der LDP-Politik Interessierte,
Hoffentlich haben Sie den Sommer geniessen können, in Basel oder mit anderer schöner Kulisse. Jetzt geht das politische Leben wieder los, und zwar sofort und intensiv mit Blick auf die National- und Ständeratswahlen sowie auf die Regierungsrats-Ersatzwahl vom 20. Oktober.

Alle Parteien bringen sich in Stellung, geben Versprechen ab und hoffen auf die Gunst der Wählerinnen und Wähler. Einige melden sich per Telefon bei den Leuten daheim oder klopfen sogar an der Haustüre. Wir von der LDP machen das nicht. Wir respektieren die Privatsphäre und finden solche Versuche, für die eigene Partei zu werben, aufdringlich. Nur nebenbei erwähnt sei, dass die SP erst gerade mit politischen Vorstössen ein Verbot von Telefon-Werbung für Krankenkassen forderte - ein Anliegen, dem ja noch zugestimmt werden kann -, diese Partei aber gleichzeitig munter per Telefon Wähler gewinnen will.

LDP ist schon lange auch „Klima-Partei“

Es ist davon auszugehen, dass die kommenden Wahlen stark vom Thema „Klimawandel“ bestimmt werden. Kaum ein weiterer Themenbereich erhielt in den letzten Monaten mehr Aufmerksamkeit. Entsprechend versuchen sich viele Politiker und Politikerinnen mit mehr oder weniger durchdachten Vorschlägen und Forderungen zu profilieren. Die LDP springt nicht auf diesen Zug auf. Wir sind keine Partei, die sich stimmungs-

labil verhält. Das heisst aber nicht, dass wir uns nicht um diese wichtige Thematik kümmern. Wir sind einverstanden und freuen uns, dass sich die jüngeren Generationen einsetzen und auch wehren, um auch in Zukunft gute Lebensbedingungen haben zu können. Dazu gehört selbstverständlich das Klima. Ich behaupte aber, dass die LDP zu den Parteien gehört, die sich in den letzten Jahrzehnten am meisten und mit viel Konstanz um die Umwelt gekümmert hat. Notabene schon ca. 30 Jahre vor Greta! Ein Blick in die Aufzählung der Aktivitäten von LDP-Vertreterinnen und Vertretern hinsichtlich Energie- und Umweltpolitik auf unserer Website zeigt das. Dort können Sie z.B. nachlesen, dass unser Nationalrat Christoph Eymann eine freiwillige Klima-Abgabe auf Flugtickets gefordert hat, und zwar vor fast 20 Jahren im Dezember 2000.

Gegen überrissene Verbote - für eine starke Wirtschaft

Wir stehen aber auch ein gegen überrissene Verbote und für eine starke Wirtschaft. Gerade in unserem Kanton wissen wir, woher die alljährlich präsentierten „schwarzen Zahlen“ kommen: von der Pharma-Industrie und den dort Angestellten sowie aus der übrigen Wirtschaft mit zahlreichen Gewerbebetrieben. Deshalb lehnen wir linke Anliegen klar ab, welche unserer Wirtschaft mehr Aufwand und Kosten überwälzen wollen. Von links ins Spiel gebrachte Vorschläge wie die Unternehmensverantwortungs-Initiative, die 99%-Initiative und die Harmonisierungs- resp. Erhöhungs-Bestrebungen für die Unternehmenssteuern bremsen die Innovation und den Unternehmergeist aus und – noch schlimmer – basieren auf Neid oder Missgunst. Die Ständeratswahl ist gerade mit Blick auf solche Forderungen für Basel-Stadt eine Richtungswahl. Zur Wahl steht auf der einen Seite der Skala eine Kandidatin der SP, einer Partei, die politische Forderungen stellt, welche der liberalen

Wirtschaftsordnung entgegenlaufen, und die weitere Umverteilungs-Ideen einbringt. Auf der anderen Seite hat die SVP eine Kandidatin portiert, welche die

Inhalt

Jetzt wird es intensiv - sind Sie dabei?	Seite 1
Die volle Wahrheit zum halbleeren Saal	Seite 2
Der Grossratspräsident: Halbzeitbilanz	
Grosser Feiertag beim früheren Parteipräsidenten	Seite 3
Ein Bild sagt mehr als tausend Worte	Seite 4
Bildung und Forschung: Der Bundesrat tut nicht genug	
Mit Freude ins Bild setzen	Seite 5
Gesundheitswesen: Wie kann unser krankes System gesunden?	
RR-Ratlosigkeit wegen Hitze?	Seite 6
Anna Götenstedts Motivation für Basel: Auch Gutes lässt sich verbessern	
Nadine Gautschi in die Regierung	Seite 7
Das Alter ehren allein reicht nicht!	Seite 8
Gewerbeliste LDP: Mehr Bewegung in Bern!	
Liste Jungliberale: Ein Sprachrohr für die Jungen!	Seite 9
Initiative „Mehr Sicherheit durch Sichtbarkeit“: Sinnvolle Kriminalitätsbekämpfung - aber ohne Überwachungsstaat	Seiten 10/11
Patricia von Falkenstein gehört ins Stöckli!	Seite 12

Abschottungs-Ideen der Partei mitträgt und damit die Schweiz isolieren will. Dabei ist ihre Eignung für das Amt – verzeihen Sie den Kalauer – alles andere als unangefochten.

Dazwischen stehe ich, als Kandidatin der Mitte und der ausgewogenen Lösung. Meine Position ist klar bürgerlich. Ne-

ben einer starken Wirtschaft mit florierendem Gewerbe setze ich mich auch für ältere Menschen sowie für Kinder und Jugendliche ein. Soziales ist mir ebenso wichtig wie Umwelthanliegen, gute Verkehrsbedingungen (für alle, auch für das Auto), der Schutz des Eigentums (auch des Hauseigentums), die Sicherheit und

die Gesundheit unserer Bevölkerung. Ich habe deshalb gute Argumente, Sie um Ihre Unterstützung zu bitten: Neben Ihrer eigenen Stimme freuen wir uns auch, wenn Sie auch die Leute in Ihrem Umfeld zu einer Stimme für die LDP (und natürlich nicht zuletzt auch für mich) animieren. Vielen Dank!

Der Fraktionspräsident: Die volle Wahrheit zum halbleeren Saal



Fraktionspräsident Michael Koechlin

Zugegeben, der Titel ist geklaut. Es ist ein guter Titel. Er stammt von einem Flyer der Parlamentsdienste des Bundes, der sich mit Fragen und Antworten zum Betrieb im National- und Ständerat befasst.

Es gibt selbstverständlich Unterschiede zwischen den Räten in Bundesbern und unserem Grossen Rat in Basel. Aber es gibt auch Gemeinsamkeiten. Eine solche findet man, wenn man den Parlamentsbetrieb aus der Optik des interessierten Besuchers, der interessierten Besucherin auf der Tribüne beobachtet:

Man sieht von dort aus einen ehrwürdigen, sehr schönen Ratsaal. Darin eine oder einen Grossrat oder Grossrätin am Rednerpult, aber ganz viele leere Sitze. Man sieht Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die Zeitung lesen, oder sich intensiv mit ihrem Laptop beschäftigen. Man sieht solche, die im Saal herumlaufen und sich, leider nicht immer im Flüsterton, angeregt mit anderen Ratskolleginnen und Ratskollegen unterhalten. Da ist niemandem auf der Tribüne zu verübeln, wenn zuerst einmal der Eindruck eines undisziplinierten Larifabriebs entsteht.

Debatte als zweitletzter Akt

Gut, Saal halbleer. Und was ist jetzt mit der vollen Wahrheit? Nun, der schlechte Eindruck trägt. Es ist allerdings nötig, die Grundzüge des Parlamentsbetriebs zu kennen, um ihn zu verstehen. Im Grossratssaal, im Plenum, wird debattiert. Mitglieder des Regierungsrates, Kommissionssprecherinnen und Sprecher, Fraktionssprecherinnen und Sprecher, Parlamentsmitglieder, die Vorstösse ein-

gereicht haben, oder sogenannte Einzelsprecher und Sprecherinnen reden. Das wird im Rathaus per Lautsprecher auch ausserhalb des Saales übertragen, über Livestream sogar in die ganze online-Welt. Diese Voten im Plenum sind der zweitletzte Akt im politischen Prozess eines Geschäftes. Der letzte Akt ist dann die Abstimmung. Kurz vor einer Abstimmung lässt der Ratspräsident oder die Statthalterin die Glocke schrillen. Die Präsenz bei den Abstimmungen ist dann jeweils sehr hoch, meist fehlen weniger als zehn von hundert Grossrätinnen und Grossräten.

Meinungen oft schon gemacht

Während der Voten sind aber tatsächlich oft viele Ratsmitglieder nicht im Saal anwesend. Das hat damit zu tun, dass in der Regel die Meinungen zu den Geschäften bereits in den Kommissionen, in Fraktionssitzungen oder in interfraktionellen Verhandlungen gemacht wurden und auch bekannt sind, und dass häufig Geschäfte nicht von allen, sondern von den jeweils zuständigen Spezialistinnen und Spezialisten der Fraktionen betreut und verfolgt werden. Es hat auch damit zu tun, dass wichtige Arbeitsgespräche und Verhandlungen nicht im Saal, sondern im Vorzimmer oder anderen Räumen des Rathauses stattfinden. Also kurzum, nicht im Saal präsent sein heisst im Parlamentsbetrieb überhaupt nicht abwesend sein!

Laptop gehört dazu

Zu den Zeitungen und Laptops: Zeitungslernen ist für Parlamentarierinnen und Parlamentarier Arbeit, denn umfassend informiert sein gehört zum Wichtigsten in der Politik. Und auf den Laptops wird nicht «Game of Thrones» geschaut, sondern viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben längst auf den papierlosen Parlamentsbetrieb umgestellt. Das heisst, sie haben Traktandenlisten, Ratschläge, Kommissionsberichte und



Ob er da gerade darüber nachdenkt, wo denn all die anderen sind, deren Plätze im Grossratssaal leer bleiben? Raoul Furlano als (einer der wenigen) aufmerksamen Zuhörer in einer kürzlichen Debatte.
Foto: Michael Fritschi

so weiter eben auf ihrem Laptop. Sie schreiben darauf auch ihre Voten, und sie recherchieren oder kommunizieren eben elektronisch. Zum guten Schluss klauen wir gleich

nochmals einen Titel aus besagtem Flyer der Parlamentsdienste des Bundes: «Was Sie über das Parlament denken, ist uns nicht egal». Genau! Und ebenso ist uns wichtig, was Sie über uns, die

Fraktion der LDP und ihre politische Arbeit, denken. Zögern Sie nicht, uns Ihre Fragen, Kommentare, Kritik oder Anregungen mitzuteilen. Wir sind von Ihnen gewählt, wir sind für Sie da!

Der Grossratspräsident: Halbzeitbilanz

Die Sommerpause bedeutet auch Halbzeit für das Grossratspräsidium. Eine erste Gelegenheit also, einen Blick zurück auf die letzten Monate zu werfen und sich die Frage zu stellen, ob sich der Einsatz bis jetzt «gelohnt» hat.



von Grossratspräsident Heiner Vischer

len. Das durfte ich bisher drei Mal tun – das letzte Mal betraf es das «Denkverbot», zu dem die rot-grüne Ratsmehrheit den Regierungsrat bei der Planung einer möglichen Westtangente um Basel verpflichten wollte. Das wäre zutiefst unliberal gewesen und ich bin stolz, hier als Liberaler in einem entscheidenden Moment den richtigen Entscheid getroffen zu haben.

Ich hoffe, auch in der zweiten Halbzeit noch liberale Akzente setzen zu können und werde gerne nach Abschluss meines Präsidialjahres darüber berichten.



Eine der prägendsten Aufgaben eines Grossratspräsidenten: Die Rede an der offiziellen Bundesfeier des Kantons auf dem Bruderholz. Foto: Frantisek Matous.

Die wichtigste Erkenntnis bisher ist: Es ist eine unglaubliche Erfahrungsbereicherung, die sich mit diesem Amt verbindet.

Man würde es kaum für möglich halten, aber der Grosse Rat bekommt ein neues «Gesicht», wenn man ihn immer von vorne sieht und dazu noch für das reibungslose Funktionieren der Sitzungen verantwortlich ist. Man darf sich keine Fehler leisten und muss jederzeit präsent sein (ausser einmal für eine kurze Toiletten-Pause, während der die Statthalterin das Szepter gekonnt übernimmt).

Die wichtigste Grundlage für das gute Funktionieren des Sitzungsablaufes ist eine gründliche Sitzungsvorbereitung. Hierbei spielt der Ratssekretär eine entscheidende Rolle: Er stellt ein sogenanntes «Drehbuch» zusammen, das alle Eventualitäten bei den Geschäften beinhaltet, sodass es zu möglichst wenigen Überraschungen im Rede- und Abstimmungsprozedere kommen sollte. Dieses Drehbuch wird am Vortag der Ratssitzung in einer gut zweistündigen Sitzung im Detail durchgegangen.

Ärgerlich für den Präsidenten ist ja, dass er weder abstimmen darf, noch sich in die Debatte mit einem Votum einbringen kann – was ich so gerne des Öfteren getan hätte!

Dafür hat er aber bei Stimmgleichheit das Privileg, den Stichentscheid zu fäl-

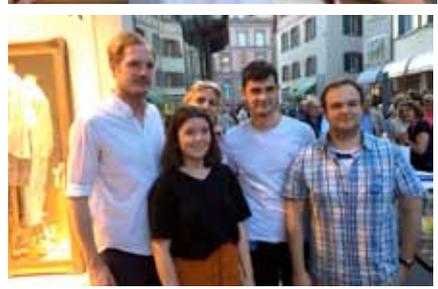
Grosser Feiertag beim früheren Parteipräsidenten



Die LDP gratuliert ihrem ehemaligen Präsidenten Karl Heusler-Vest und seiner Frau Regula zum 70. Hochzeitstag (hier mit Regierungsrat Conradin Cramer beim offiziellen Gratulationsbesuch).

Ein Bild sagt mehr als tausend Worte

Viel Text wird Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser, auf den vorangegangenen und nachfolgenden Seiten präsentiert. Hier soll Ihnen nun in einem bunten Bilderbogen ein Rückblick auf die vergangenen Wochen geboten werden. Berücksichtigt werden bei den Bildern die Anlässe „Besuch in Bundesbern bei unserem Nationalrat“, Nomination der gemeinsamen Kandidatin für den frei werdenden Sitz im Basler Regierungsrat und Bebbi-Jazz. Viel Spass!



Bildung und Forschung: Der Bundesrat tut nicht genug

Der Bundesrat beantragt zwar eine auf den ersten Blick recht hohe Summe für die Universitäten und die Berufsbildung. Es reicht aber trotzdem hinten und vorne nicht. Ich werde nicht ruhen und hartnäckig auch weiterhin mehr Geld für diesen Bereich fordern.



von Nationalrat
Christoph Eymann

Der Bund ist Partner in der Berufs und Hochschulbildung. In der sog. BFI-Botschaft (Bildung, Forschung, Innovation) werden jeweils für vier Jahre vom Parlament die Bundesgelder beschlossen, die für die ETH, die kantonalen Universitäten und für die Berufsbildung zur Verfügung stehen.

Viel Geld - aber nicht genügend Mittel

Es geht um sehr viel Geld, ca. 24 Milliarden Franken für vier Jahre. Trotzdem reicht dieser Betrag nicht aus, um die beiden ETH, welche am meisten bekommen, die zehn kantonalen Universitäten, die sieben Fachhochschulen und weitere unterstützte Institutionen wie den Nationalfonds und die diversen Akademien und Innosuisse fit für die Anforderungen der Zukunft zu machen.

Höhere Studierendenzahlen, die Förderung des akademischen Mittelbaus, zusätzliche Ausbildungsplätze für Humanmedizin und vor allem die Digitalisierung führen zu höheren Ausgaben - und die Einnahmen hinken hinterher. Wenn wir nicht ins Hintertreffen geraten wollen, braucht es deutlich mehr Geld vom Bund und auch von den Kantonen – auch von den Beiden Basel.

Vorstösse mit unterschiedlichem Erfolg

Ich habe im Nationalrat (wie auch schon als Regierungsrat und Präsident der Schweizerischen Universitätskonferenz) verschiedene Vorstösse lanciert, um Bildung und Forschung zu forcieren. Der Erfolg ist unterschiedlich. Der Bundesrat und das Staatssekretariat für Bildung sind nicht eben inspiriert, einen der wesentlichen Wettbewerbsvorteile der

Schweiz, den hohen Bildungsstand, zu verteidigen. Man ist eher selbstzufrieden als innovativ.

Sparpläne teilweise durchkreuzt

Für die jetzt laufende Zahlungsperiode ist es mir – zusammen mit einer Allianz aus allen Parteien – gelungen, die Sparpläne des Bundesrats wenigstens zu einem Teil zu durchkreuzen, wir brauchten dazu den Ständerat. Mein Vorstoss, mit Blick auf die Digitalisierung eine separate Vorlage für eine Impulsprogramm Digitalisierung zu lancieren, hat der Nationalrat mit allen gegen die Stimmen der SVP angenommen. Im Ständerat ist es leider fraglich, ob Zustimmung erfolgt. Meine Idee, den Bundesanteil des Nationalbank-Gewinns für die Bildung einzusetzen, hat der Bundesrat abgelehnt. Damit habe ich gerechnet, wollte aber das Thema „ungenügende Bildungsfinanzierung“ auf der Traktandenliste belassen. Angenommen haben der Bundesrat und der Nationalrat meinen



Gut vernetzt ist halb gewonnen: Christoph Eymann mit seinen Fraktionskollegen Beat Walti und Kurt Fluri.

Vorstoss, die frühe Förderung in diesen Kantonen finanziell zu unterstützen. Das ist auch ein Beitrag an die Prävention von Arbeitslosigkeit und Sozialhilfeabhängigkeit.

Wenn Defizite im Bereich der Befähigung zur Bildung früh bekämpft werden, besteht die Chance, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dazu braucht es auch Weiterbildung – auch mit Blick auf die möglichen Folgen der Digitalisierung für den Arbeitsmarkt. Auch in diesem wichtigen Bereich hält sich der Bund zurück – ein gravierender Fehler!

Die träge Haltung des Bundes hindert mich nicht daran, auch im Hinblick auf die nächste BFI-Botschaft, hartnäckig mehr Geld für die Bildung aller Stufen zu fordern, ich bleibe dran – vorausgesetzt, die Wählerinnen und Wähler erlauben mir dies nach dem 20. Oktober...

Mit Freude ins Bild setzen



Wahlkampf vorbereitungen können auch Spass machen: Die Kandidierenden der LDP-Liste 3, der Gewerbeliste und der Jungliberalen beim Fotoshooting.

Gesundheitswesen: Wie kann unser krankes System gesund?

Mehrheitlich sind wir in der Schweiz mit der Gesundheitsversorgung zufrieden, aber die hohen und jährlich steigenden Kosten stehen zu recht in der Kritik und werden für viele Menschen zu einer grossen Last.



Grossrat Raoul Furlano

Verschiedene Studien und Expertenschätzungen weisen für die Schweiz ein Effizienzsteigerungspotenzial ohne Qualitätsreduktion in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) von rund 20 Prozent aus (BAG 2013). Auch der Blick ins Ausland zeigt, dass im Interesse der Bevölkerung ein stärkeres Eingreifen erforderlich ist, um die nötigen Effizienzsteigerungen und Einsparungen anzustossen. Das Eidgenössische Departement des Innern (EDI) hat eine Expertengruppe deshalb beauftragt, Massnahmen vorzuschlagen, welche dieses Potenzial ausschöpfen können.

ten. Obwohl die Gesundheitsakteure im Rahmen des Bundesgesetz über die Krankenversicherung vom 18. März 1994 (KVG; SR 832.10) bereits jetzt angehalten sind, kostendämpfend zu agieren und beträchtlichen Spielraum haben, um innovative, kostensparende und effizienzsteigernde Versorgungsmodelle zu entwickeln, wurden diese Möglichkeiten leider bisher nicht im erwünschten Ausmass genutzt.

Die hier gelisteten Vorschläge unterstütze ich als Liberaler Politiker:

- Mehr Eigenverantwortung jedes Einzelnen ist gefragt
- Förderung der Transparenz
- Vermeidung unnötiger und für den Patienten gefährliche medizinische Leistungen
- Fehlanreize bei einzelnen Akteuren korrigieren und zukünftig vermeiden
- Innovative, kostensparende und effizienzsteigernde Versorgungsmodelle entwickeln.



Regierungs-Ratlosigkeit wegen Hitze

Raoul I. Furlanos Anzug 17.5243 betreffend "Buddy System" – eine Massnahme zur Prävention von hitzebedingter Mortalität und Morbidität bei Senioren wurde vom Grossen Rat 2017 an den Regierungsrat überwiesen. Bisher blieb er unbeantwortet - ein Versäumnis angesichts der aktuellen Hitzewelle. Macht der Regierungsrat hitzefrei, oder hat er die Beantwortung gar verschwitzt?

Meine Motivation als NR-Kandidatin: Auch Gutes lässt sich verbessern

In Schweden aufgewachsen, aber in Basel nach Hause gekommen. Ich fühle mich am Rheinknie sehr wohl, als Pächterin der Restauration zur Harmonie, als Nationalratsratskandidatin der LDP und überhaupt als Mensch. Dennoch wünsche ich mir Veränderungen.



Anna
Götenstedt

Für mich ist Basel eine der schönsten Städte der Welt. Eine kleine Grossstadt oder eine grosse Kleinstadt mit vielen interessanten und ansprechenden Quartieren. Vielleicht sind die Basler/innen wegen der Nähe zu Deutschland und Frankreich so aufgeschlossen und sym-

pathisch, vielleicht kommt es von den während Jahrtausenden sich ständig verändernden kulturellen Einflüssen auf die Stadt am Fluss in der Mitte von Europa.

Schön wäre es, Basel würde sich wieder mehr bewegen und mit den Bedürfnissen der verschiedenen Schichten seiner Bewohner wachsen und sich verändern! Stillstand ist bekanntlich Rückschritt - und gerne trage ich dazu bei, dass Basel bei allen Vorteilen weiter verbessert.

All unsere Vorteile durch Lage, Klima, Wirtschaft und den EuroAirport gilt es zu nutzen. Um die immer wichtiger werdende Tourismuswirtschaft zu unter-

stützen, braucht es eine klare Verkehrspolitik.

Das Gewerbe braucht Hilfe, um konkurrenzfähig bleiben zu können. Damit der Trend im Ausland billig einzukaufen oder gar von zuhause aus Online-Shopping zu betreiben nicht noch stärker wird, wäre es von Vorteil, bei „Kleinigkeiten“ anzufangen: Unsere Parkautomaten für die Bezahlung auch mit Kreditkarte umrüsten. Die Parkgebühren generell nach unten anpassen.

Eine klare Kommunikation und Koordination bei Bauarbeiten (vor allem) in der Innenstadt mit Rücksicht auf Messen, Grossveranstaltungen und ältere Bewohner/innen. Trottoirs bei Neugestaltung barrierefrei machen.

Und last but not least: Längere Öffnungszeiten für die schönen Boulevards unserer Restaurants – von Sonntag bis Donnerstag überall bis mindestens 23 Uhr, Freitag und Samstag bis mindestens Mitternacht, an belebten Orten ein bis zwei Stunden länger.

Nadine Gautschi in die Regierung: Dafür setze ich mich ein

Früher herrschte Freude, heute herrscht der Notstand. Und damit meine ich nicht den Klimanotstand, den der Grosse Rat beschlossen hat.



FDP-Regierungsrats-Kandidatin Nadine Gautschi

In Basel herrscht Wohnungsnotstand. Freie Wohnungen sind so knapp wie schon lange nicht mehr. Und die Annahme der Wohninitiativen lindert die Not nicht, sondern verschärft sie. Die rot-grüne Regierung setzt alles auf eine Karte: Die Genossenschaften. Aber das ist unnötig und gefährlich. Es muss Wohnraum gebaut werden, da sind wir uns einig. Dieser Wohnraum soll bezahlbar sein, da sind wir uns auch einig. Aber wie? Und soll der Staat das im Alleingang tun? Die Lösung des Problems liegt auf der Hand. Der Staat muss sich mit Privaten an einen Tisch setzen. Er muss träge Verfahren beschleunigen, überflüssige Regulierungen abbauen und gesunde Anreize schaffen. Dafür

setze ich mich als Regierungsrätin und Ökonomin ein.

In Basel herrscht Verkehrsnotstand. Die Strassen sind verstopft, der Verkehr quält sich von einem Nadelöhr zum nächsten und täglich droht der Zusammenbruch. Aber nicht nur der Individualverkehr leidet. Es leidet auch der öffentliche Verkehr. Die BVB fährt orientierungslos in eine ungewisse Zukunft, die Infrastruktur ist verantwortungslos überlastet und die Stimmung im Be-

trieb ist am Boden. Die Zahlen sind rot, grün sind nur die Trams. Die BVB brauchen eine neue Zukunft. Dafür setze ich mich als Regierungsrätin und ehemalige Verwaltungsrätin der BVB ein.

Und als Mutter von drei schulpflichtigen Kindern liegt mir auch die Schule am Herzen. Das Klassenzimmer ist aber sicher nicht der richtige Ort für ideologische Raufereien. Die Primarschüler von heute, sind die Lehrlinge, Maturanden und Studenten von morgen. Und darum müssen wir handeln und das unterstützen, was der Bildung nützt. Bildung ist kein Luxus, sondern die Voraussetzung für den Wohlstand der Zukunft. Wir brauchen eine Schule die unsere Kinder auf ein selbständiges, eigenverantwortliches und erfülltes Leben vorbereitet.



Bald auch beruflich zusammen? Nadine Gautschi mit den Regierungsräten Lukas Engelberger, Baschi Dürr und Conradin Cramer beim Floss „Im Fluss“
Foto: Tobit Schäfer.

Das Alter ehren allein reicht nicht!

Als Junge sind wir irgendwann mit der Aufforderung „Ehret das Alter!“ konfrontiert worden. Man nahm das entgegen ohne lange darüber nachzudenken. Vielleicht kam der einen oder dem anderen von uns damals dieser Imperativ wieder in den Sinn – beim Lesen der Rückseite der Schülerkarte der BVB: „Wär jung isch, stoht us Heefligkeit – dr Tramdiräggter het das gsait!“



Parteipräsidentin Patricia von Falkenstein

Manchmal habe ich den Eindruck, diese Haltung, die früher auch noch von den Eltern den Kindern mitgegeben wurde, sei heute in Vergessenheit geraten. Es gibt zwar immer noch Junge und Erwachsene, die im Tram Älteren den Platz anbieten. Unsere Gesellschaft ist aber deutlich mehr ich-betont als früher.

Kein gesondertes Feld

Mir ist es wichtig, dass wir nicht eine gesonderte Politik für die Jugend und eine

für die Älteren betreiben. Unsere Gesellschaft besteht sowohl aus älteren als auch aus jüngeren Menschen, aus Schülerinnen und Rentnern, aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen, aus Schweizerinnen und Ausländern. Meine Aufgabe als Politikerin ist, dafür zu sorgen, dass es allen wohl ist in unserem Kanton und in unserem Land.

Anliegen der Älteren ist ein Dauerauftrag

Es ist ein Dauerauftrag, auch die Anliegen und Bedürfnisse der älteren Generation in die Politik hinein zu tragen. Es ist gleichzeitig eine Querschnitt-Aufgabe: alle Bereiche müssen in der Politik auf ihre Rücksichtnahme gegenüber älteren Menschen überprüft werden. Sei es bei der Gestaltung von Strassen und Plätzen, bei AHV und Ergänzungsleistungen, bei der Sicherheit im öffentlichen Raum, bei der Prävention gegen Verbrechen mit Zielpublikum Betagte, bei Freizeitangeboten und bei Wohn-Themen. Diese

Liste ist nicht vollständig. So haben wir auch die „Leitlinien 55+“ des Gesundheitsdepartements scharf kritisiert und verlangen eine neue Fassung. Die älteren Generationen verdienen, dass Konzepte mit grosser Sorgfalt ausgearbeitet werden.

Das war hier nicht der Fall. So wird zum Beispiel der Erfahrungsschatz, über den ältere Menschen verfügen, und der Wert, den dieser für Jüngere darstellen kann, mit keiner Silbe erwähnt. Auch dem Aspekt „Sicherheit“ wird nicht genügend Aufmerksamkeit gewidmet.

Praktische Erfahrungen helfen mir

Ich möchte – zusammen mit den Fraktionsmitgliedern der LDP – nicht nur Vorschläge und Anträge auf dem politischen Parkett einbringen. Ich leiste auch persönlich einen Beitrag, als Präsidentin von Pro Senectute beider Basel. Hier lerne ich viel. Hier kann ich auch mitgestalten und zum Beispiel dafür sorgen, dass alle Amtsstellen nie vergessen, dass ältere Menschen nicht Objekt der Politik und ihrer Tätigkeit sind, sondern einzigartige Wesen, die in ihrem Leben schon viel für unsere Gesellschaft geleistet haben. Das Alter zu ehren ist wichtig, richtig und angebracht. Es darf aber nicht dabei bleiben, es braucht mehr!

Heiner Vischer Raoul Furlano

Anna Götenstedt

Christoph Eymann
bisher

Patricia von Falkenstein

Gut vernetzt.

LDP LISTE **3**

Gewerbeliste LDP: Mehr Bewegung in Bern!

Unterstützung für die KMU als wichtiger Pfeiler der Schweizer Wirtschaft, für mehr unternehmerische Freiheit und gegen eine zu hohe Regulierungsdichte – dafür steht die Gewerbeliste der LDP.

Familien, KMU und Vereine sind Eckpfeiler des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Schweiz. Über 99% der Schweizer Unternehmen beschäftigen weniger als 250 Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter. Gleichzeitig sind diese KMU verantwortlich für zwei Drittel der Arbeitsplätze. Sie sind das Rückgrat unseres florierenden Werkplatzes und tragen zum guten Steuersubstrat



Ohne uns läuft nichts!

Nicole Strahm-Lavanchy Lydia Isler-Christ
Anselmo Renz Stephan Schiesser Daniel Hettich

Gewerbe LDP LISTE 34

der Schweiz, ihrer Kantone und Gemeinden bei. Gemeinsam stellen die KMU die Dienstleistungen, das Handwerk und die Waren für den täglichen Bedarf sicher. Deshalb müssen ihre Wettbewerbsbedingungen verbessert werden. Als Partner unseres erfolgreichen dualen Bildungssystems bilden sie Lernende aus und verhelfen so unseren jugendlichen Schulabgänger zu einer hervorragenden praktischen Grundausbildung sowie zu einer optimalen Basis für ihre weitere – und höhere - berufliche Zukunft.

Für gute Rahmenbedingungen ist es wichtig, der wachsenden Bürokratie entgegen zu treten und den Verwaltungsapparat auf das notwendigste zu beschränken. Eine hohe Regulierungsdichte zu unnötigen Detailfragen und viele Bewilligungspflichten schaden den Gewerbetreibenden und dem Handel. Die unternehmerische Freiheit muss gestärkt und ausgebaut werden, damit die KMU ihre Potentiale in einem Liberalen Markt entfalten können. Erst eine starke Wirtschaft ermöglicht die Unterstützung sozial Schwacher und sorgt für nötige Investitionen in die Infrastruktur.

Ihre Stimmen helfen uns, in Bundesbern besser gehört zu werden – denn ohne uns läuft nichts!

Liste Jungliberale: Ein Sprachrohr für die Jungen!

Themen, die für junge Menschen wichtig sind, müssen mehr Bedeutung im Bundeshaus erhalten. Die Kandidierenden der Jungliberalen stehen hier für innovative Lösungen ohne ideologische Scheuklappen, aber mit viel Sachverstand.

«Jugendliche sind politikverdrossen», das war für lange Zeit das herrschende Mantra in der Gesellschaft. Die letzten Jahre haben gezeigt, wie unwahr diese Aussage ist. Weltweit schlossen sich Millionen den Friday for Future Demos an. Bei National- und Ständerat wird wie jedes Mal auf die Zusammensetzung geachtet: „Wie hoch ist der Frauenanteil?“ ist dabei eine übliche Frage. Doch wir fragen uns vor allem: „Wer spricht für die Jungen Generationen?“ Die Jugend muss in die Parlamente, und die Jungliberalen sollten voranschreiten. Es muss unsere Aufgabe werden, Probleme, die für die Jugend wichtig sind auf das politische Parkett in Bern zu bringen und die Arbeit unseres Nationalrats und hoffentlich zukünftigen Ständerätin zu unterstützen. Die Jungliberalen haben auf ihrer Liste fünf junge, kreative Leute, die unseren Kanton und unser Land

vorwärtsbringen wollen. Wir haben auf Kantonsebene bewiesen, dass wir mit innovativen Lösungen Probleme an-

gehen können und uns nicht scheuen, auch einmal über unseren Schatten zu springen. Auch in Bern braucht es diese Qualitäten. Die nächsten vier Jahre dürfen nicht verschlafen werden Lösungen müssen gefunden werden für die Finanzierungslücke der AHV, den Klimawandel sowie für unsere Beziehung mit der EU und das mit Sachverstand und ohne ausgelagte Ideologie. Deshalb wählen sie am 20. Oktober liberal: Jungliberal!



Michael Hug

Adrienne Strahm

Benjamin Grob

Emélie Dunn

Benjamin von Falkenstein

LISTE 23

Jungliberale

Initiative „Mehr Sicherheit durch Sichtbarkeit“: Sinnvolle Kriminalitätsbekämpfung - aber ohne Überwachungsstaat

Die neu lancierte Volksinitiative fordert, dass an „Hotspots“ künftig Videokameras installiert werden. Das Aufgenommene wird aber nur dann gesichtet, wenn sich ein schweres Delikt ereignet hat. Ansonsten wird das Material automatisch gelöscht, ohne dass es jemand zu Gesicht bekommt. Damit wird ein sinnvoller Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung geleistet, aber gleichzeitig den Bedenken Rechnung getragen, der Staat könnte seine Bürger überwachen.



Grossrat André Auderset, Co-Präsident Initiativkomitee

Leider muss man fast täglich in den Medien von schweren Straftaten lesen, seien es Angriffe auf Leib und Leben oder Eigentumsdelikte. Diese geschehen mittlerweile beinahe in allen Teilen der Stadt, aber es haben sich auch spezielle Hotspots gebildet. Mit Videokameras zur Überwachung solcher Hotspots wird den Strafverfolgungsbehörden ein geeignetes Instrument an die Hand gegeben.

Die Initiative verlangt einen neuen Paragraphen im kantonalen Polizeigesetz, nach dem die Polizei „zur Verhinderung und Ahndung von Straftaten sowie zur Beweissicherung an öffentlichen Orten dauerhaft Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte installieren“ kann. Anzahl und

Standort der Kameras werden vom Regierungsrat auf Antrag des Justiz- und Sicherheitsdepartements genehmigt.

Keine Überwachung in Echtzeit

Die im Komitee vertretenen Parteien und Personen halten die Privatsphäre und den Datenschutz für sehr wichtige Güter. Eine Initiative, die der Überwachung der Bürgerinnen und Bürger dient, käme deshalb nicht in Frage.

Hier handelt es sich aber um eine Initiative, die sehr klar abgrenzt, wozu die Kameras gedacht sind. Die Kameras werden nicht in Echtzeit überwacht. Vielmehr erfolgt eine Auswertung der Aufnahmen durch die Staatsanwaltschaft nur dann, wenn konkrete Verdachtsgründe für Verbrechen oder schwere Vergehen im Aufnahmebereich vorliegen. Die Aufnahmen werden im Normalfall also überhaupt nie eingesehen und nach kurzer Frist automatisch gelöscht, ohne dass irgendjemand Zugang zu den Daten gehabt hätte.

Die Aufnahmegерäte sollen deshalb einen direkt am Gerät angebrachten Speicher haben und keinerlei Verbindung zu einer Einsatzzentrale. Erst im „Ereignisfall“ würde dieser Speicher vom Gerät

getrennt und den Strafverfolgungsbehörden übergeben.

Prävention und Hilfe zur Aufklärung

Aufnahmen sind schon heute bei schweren Straftaten wichtig für Fahndung und für die Beweissicherung vor Gericht. Deshalb werden Videoaufnahmen oft beigezogen. Allerdings müssen sich die Strafverfolgungsbehörden diese bei anderen Institutionen (z. B. BVB, BLT) oder bei Privaten beschaffen. Nun sollen an dafür prädestinierten Orten staatlich betriebene Kameras installiert werden können.

Kameras haben aber auch präventiven Charakter. Übeltäter halten sich zurück, wenn sie befürchten müssen, bei der Tat gefilmt zu werden. Man denke etwa an die berühmt-berüchtigten Ausgeh-Meilen wie die „Steine“.

Oft schaukeln sich dort Auseinandersetzungen hoch bis zum Einsatz von Waffen. Wenn den Kontrahenten klar ist, dass sie dank Videoaufnahmen für ihre Taten zur Rechenschaft gezogen werden können, dürfte dies deeskalierenden Effekt haben.

Wie viel Sicherheit will das Volk

Das Anliegen, auf diese Weise für mehr Sicherheit zu sorgen, ist mit diversen parlamentarischen Vorstössen schon früher verfolgt worden. Diese scheiterten im Grossen Rat aber immer am Widerstand von Links-Grün. Weil das Anliegen unseres Erachtens aber immer grössere Berechtigung hat, wird der Weg via eine Initiative beschritten. So soll das Volk entscheiden, ob es mehr Sicherheit dank richtig eingesetzten Kameras will.

jetzt!
in den Ständerat

Schmiedet Allianzen
Patricia von Falkenstein

ÜBERPARTEILICHES INITIATIV-KOMITEE „MEHR SICHERHEIT SCHAFFEN!“

Kantonale Initiative „Mehr Sicherheit durch Sichtbarkeit“

Gestützt auf § 47 der Verfassung des Kantons Basel-Stadt vom 23. März 2005 und auf das Gesetz betreffend Initiative und Referendum vom 16. Januar 1991 (IRG) reichen die unterzeichnenden, im Kanton Basel-Stadt Stimmberechtigten folgende Initiative ein:

Das Gesetz betreffend die Kantonspolizei des Kantons Basel-Stadt (Polizeigesetz, PoIG) vom 13.11.1996, in Kraft seit: 01.07.1997, wird wie folgt geändert:

§ 58 a (neu) ¹Die Kantonspolizei kann zur Verhinderung und Ahndung von Straftaten sowie zur Beweissicherung an öffentlichen Orten dauerhaft Bild- und Tonaufzeichnungsgeräte installieren.

² Die Anlagen werden an Orten installiert, die sich hinsichtlich strafbarer Handlungen als besonders gefährlich hervorgetan haben. Die Standorte der Anlagen werden in einer Liste geführt, die vom Regierungsrat genehmigt wird.

³ Die Auswertung der Aufnahmen erfolgt durch die Staatsanwaltschaft und nur dann, wenn konkrete Verdachtsgründe für Verbrechen oder schwere Vergehen vorliegen. Neben der Staatsanwaltschaft erhalten weitere Beteiligte nur in einem allfälligen Strafverfahren Einsicht in die Aufzeichnungen.

⁴ Aufzeichnungen, die nicht für Ermittlungen der Staatsanwaltschaft beigezogen wurden, werden nach 8 Tagen gelöscht. Die Kantonspolizei sorgt für ein automatisiertes Verfahren zur Löschung.

Politische Gemeinde Basel Riehen Bettingen

Bitte Name und Adresse eigenhändig, in deutlicher Blockschrift und vollständig ausfüllen.

Name	Vorname	Geb. Datum Tg. Mt. Jahr	Adresse	Unterschrift	leer lassen
1					
2					
3					
4					
5					

Wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt, macht sich nach Art. 282 Strafgesetzbuch strafbar.

Die Initiative kann von der Mehrheit der im Zeitpunkt der Rückzugserklärung stimmberechtigten Mitglieder des Initiativkomitees zurückgezogen werden (§12 Abs. 1 IRG).

Mitglieder des Initiativkomitees: André Auderset (Grossrat, LDP), Peter Bochler (Grossrat, FDP), Saskia Frei (ehem. Grossrätin, FDP), Christophe Haller (Grossrat, FDP), Beatrice Isler (Grossrätin CVP), Andrea Knellwolf (Grossrätin CVP), Gerhard Lips (ehem. Polizeikommandant, LDP), Christian Meidinger (Grossrat, SVP), Silvia Rietschi-Jenni (CVP), Eduard Rutschmann (Grossrat, SVP), Jeremy Stephenson (Grossrat, LDP), Felix Wehrli (Grossrat, SVP).

Bitte ganz oder teilweise ausgefüllte Bogen bis am 1. 11. 2020 einsenden an **Komitee „Mehr Sicherheit durch Sichtbarkeit“**, Postfach 423, 4010 Basel. Publikation im Kantonsblatt vom 12. Juni 2019

Ständeratswahl: Patricia von Falkenstein gehört ins „Stöckli“!



von Conradin Cramer

Patricia von Falkenstein habe ich das erste Mal wahrgenommen, als ich zarte 12 Jahre alt war. Sie koordinierte damals den Ständerats-Wahlkampf von Ueli Vischer. Ich heftete ein selbstgebasteltes „Für vrischen Wind“-Abzeichen an meinen Schulsack und provozierte damit meinen Deutschlehrer. Der Wahlkampf war neuartig damals, ideenreich, spontan und professionell. Das war auch Patricias Handschrift. Sie unterstützte und mobilisierte alle für diesen Wahlkampf. Und am Ende fehlten Ueli Vischer 34 Stimmen zur Wahl. Ich bin sicher, dass Patricia diese 34 Stimmen holen wird. Nach dem legendären Wahlkampf blieb Patricia auf dem politischen Parkett. Aber sie verfolgte vorerst keine eigene politische Karriere. Sie half lieber anderen. Als souveräne Parteisekretärin, als Schafferin hinter den Kulissen, als unermüdete Vermittlerin im Grossen Rat und nun seit vielen Jahren als erfolgreiche Präsidentin unserer Partei.



Ich bewundere an Patricia vieles, vor allem aber die vermeintlichen Widersprüche: Patricia ist immer engagiert, sie sagt ihre Meinung klar, manchmal auch sehr klar. Sie kann so richtig Gas geben und richtig Druck machen. Gleichzeitig ist sie versöhnend, überlässt anderen die Bühne, stellt ihre eigenen Interessen zurück und findet den klugen Kompromiss. Genau wegen dieser seltenen Kombination ist PvF so ein Glücksfall für Basel: Eine Politikerin, die Klartext spricht, ungekünstelt und direkt, die kämpft wie eine Löwin. Aber das ohne jede Verbissenheit. Patricia bleibt offen für gute Argumente und sie bleibt locker, wo andere sich versteifen. Ihr Lachen ist ansteckend und vor allem ist es echt. Mittlerweile habe ich als Vorsteher des Erziehungsdepartements auch «beruflich» mit Patricia zu tun. Ich erlebe, wie kompetent sie in Bildungs- und Familienthemen ist. Patricia kämpfte schon für eine Stärkung der Tagesbetreuung, als andere Politiker noch nicht einmal wussten, was es mit diesem Begriff auf sich hat. Heute ist das Thema in aller Munde. PvF erkannte die Zeichen der Zeit früher und handelte danach. Ihre Beharrlichkeit in wichtigen Themen beeindruckt nicht nur mich. Es ist eine feine Basler Eigenart, nicht viele Worte über den eigenen Erfolg zu verlieren. Und damit PvF das nicht tun muss, mache ich es gerne. **Erinnern Sie**



sich an die letzten Wahlen, bei denen die LDP verloren hat? Nein? Mir geht es auch so. Das hat einen einfachen Grund: Es ist schon sehr lange her. Patricia hat die LDP auf die Erfolgsspur zurückgebracht. Sie selbst betont, dass das nicht alleine ihre Leistung war. Aber ohne ihre Persönlichkeit und ihren riesigen Einsatz wäre es nicht gegangen. PvF hat diesen bunten Haufen liberal gesinnter Querdenkerinnen und Individualisten zusammengeschweisst. Glauben Sie mir: Wer die LDP-Truppe so souverän leitet, der hat auch im Ständerat schnell eine integrierende und einflussreiche Stimme. Patricia von Falkenstein gehört in den Ständerat. Die Schweiz und Basel brauchen Politikerinnen wie sie. Die 34 Stimmen, die damals gefehlt haben, die können wir holen. Jede Stimme zählt. Bitte helfen Sie mit.

Liberal

Forum für liberale Politik
in der Region Basel

September 2019

Preis
Einzelpreis CHF 4.00,
Jahresabonnement CHF 18.00

Auflage
118'000 Exemplare
erscheint ca 4-mal jährlich

Herausgeberinnen
LDP Basel-Stadt
LDP Riehen/Bettingen
Jungliberale Basel

Redaktion
André Auderset

Redaktionsadresse
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43
andre.auderset@ldp.ch

Inserate
Elisabethenanlage 25
4010 Basel
T 061 272 12 36
F 061 272 17 43

Herstellung
Gremper AG, Basel/Pratteln